



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Beschlussübersicht

Parteitag Unterbezirk Bremen-Stadt

27. November 2012

Beschlussübersicht:

- A6/2012** **Verfügbarkeit der Daten zur Versorgung mit Kita- und Hortplätzen**
- A7/2012** **Versorgung von unter Dreijährigen sicherstellen**
- A8/2012** **Sozialdemokratische Wohnungspolitik**
- A9/2012** **Ausreichender Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten**
- A14/2012** **Regelung der Finanzierung der öffentlichen Aufwendungen in Zusammenhang mit professionell dominierten Sportveranstaltungen**
- A17/2012** **Autofreier Sonntag in Bremen**
- A18/2012** **Geschäftsführergehälter bei den bremischen Gesellschaften anpassen**
- A19/2012** **Erneuerung der Homepage**
- A20/2012** **Bafög-Regelung auf Bundesebene sozialer gestalten**
- A22/2012** **Tanzverbot an Feiertagen abschaffen!**
- A23/2012** **Die Zukunft der Polizei im Land Bremen**
- A24/2012** **Die zukünftige Finanzierung der Jacobs University Bremen (JUB)**
- A26/2012** **Verlässliche Investitionsplanung auch für die Stadt Bremen**
- A1/2011** **Antrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen**

Überweisungen an den Unterbezirksvorstand:

- A10/2012 **Statt City-Center: Stadtzentrum stärken!**
- A15/2012 **Die Dauer der Abgeordnetenmandate der Bremischen Bürgerschaft auf zwei Wahlperioden begrenzen**
- A23/2012 **Die Zukunft der Polizei im Land Bremen (Punkt 2 und 3 des Antrages)**

Weitergeleitet an die Antragskommission für die Erarbeitung des Wahlprogrammes für die nächste Bundestagswahl/Antrag an den nächsten Bundesparteitag

- A11/2012 **Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung**
- A12/2012 **Deutschlandstipendium abschaffen – Gute Bildung für alle statt Elitenförderung**
- A13/2012 **Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet**
- A16/2012 **Erarbeitung von beschäftigungs- und wachstumsfördernden Programmen für von Beschäftigungskrisen betroffene EU-Mitgliedsstaaten durch die SPD-Fraktionen im Bundestag und im Europäischen Parlament**

1 Verfügbarkeit der Daten zur Versorgung mit Kita- und Hortplätzen

2

3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden gebeten sicherzustellen,
4 dass die Daten der Versorgung der Ortsteile mit Krippen-, Kita- und Hortplätzen spä-
5 testens zwei Monate nach Beginn des Kindergartenjahres öffentlich zu Verfügung
6 gestellt werden.

7 Sie sollen alle verfügbaren Plätze, die durch die Stadtgemeinde, freie Träger oder pri-
8 vate Initiativen bereitgestellt werden, nach Ortsteilen der Stadt Bremen ausweisen.

9 Darüber hinaus sind erstens die Anteile der drei Platzangebote an der Zahl der Kinder
10 der 0-u.3-Jährigen, der 3-u.6-Jährigen und der 6-u.12-Jährigen Kinder im Ortsteil und
11 zweitens die Versorgungsanteile von Kindern mit Migrationshintergrund auszuwei-
12 sen. Die Daten sind rückwirkend für die Jahre 2008 und 2010 zur Verfügung zu stel-
13 len. Die Beiräte sind zu unterrichten.

14

15 Begründung:

16 Für die individuelle soziale, grob- und feinmotorische und sprachliche Entwicklung
17 der Kinder und die spätere Entwicklung des Zusammenhalts der Gesellschaft ist ihre
18 frühe Stützung in Krippen, Kitas und Horten von hoher Bedeutung. Dies gilt insbe-
19 sondere für Kinder in benachteiligten Quartieren. Daher sind nicht nur aktuelle Ver-
20 sorgungspässe in den Ortsteilen in Form unversorgter Platznachfrage, sondern
21 auch die Versorgungsanteile nach Ortsteilen von hoher Bedeutung.

22

23 *(nachträgliche Anmerkung: Die der Fachdeputation zwischenzeitlich zur Verfügung gestellten Daten*
24 *beziehen sich auf Stadtteile bzw. Beiratsbereiche. Dies reicht nicht für die Beurteilung der Versorgung*
25 *von benachteiligten Ortsteilen.)*

26

27 Zusatzbeschluss: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion der Stadtgemeinde Bremen ist je-
28 weils von der Beschlusslage zu unterrichten.

Angenommen.

1 Versorgung von unter Dreijährigen (U3) sicherstellen

2
3 Der Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf:

- 4
5 > ab 1. August 2013 den Rechtsanspruch sicher zu stellen, somit eine bedarfsgerechte
6 Anzahl von Plätzen und entsprechenden bedarfsgerechten Betreuungszeiten zur
7 wohnortnahen Versorgung von unter Dreijährigen (U3) Bremer Kindern vor zu hal-
8 ten,
9 > dass die Koalitionsvereinbarung zur Platzvergabe umgesetzt wird, und dass die Be-
10 rufstätigkeit der Eltern kein bevorzugendes Kriterium darstellt,
11 dazu muss das Ortsgesetz durch die Stadtbürgerschaft für die aktuellen Anforde-
12 rungen dementsprechend geändert werden,
13 > dass ausreichend Erzieherinnen und Erzieher als qualifiziertes Personal in den Kitas
14 eingesetzt werden, und dass der vorhandene Erzieherinnen- und Erzieherschlüssel
15 nicht negativ verändert wird,
16 > dass die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher bedarfsgerecht ausgebaut wird
17 und dass das geplante Zurückfahren der Zusatzklassen in der Erzieherausbildung (1.
18 August 2013) nicht umgesetzt wird,
19 > in der Ausbauplanung den stadteigenen Träger Kita Bremen stärker zu berücksichti-
20 gen,
21 > den Ausbau prioritär in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf voranzu-
22 treiben und dort für die Einrichtung institutioneller Betreuungsplätze zu sorgen,
23 > den Ausbau dahingehend zu steuern, dass alle Einrichtungen perspektivisch eine
24 durchgängige Betreuung für Kinder von 0 bis 6 Jahren anbieten können,
25 > die Entwicklung des Konzeptes zu Kinder- und Familienzentren zu fördern und aus-
26 zubauen,
27 > dass die Beiräte und die Träger frühzeitig in die Ausbauplanung einbezogen und
28 die konkreten Zahlen über Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen in einem transpa-
29 renten Verfahren zur Verfügung gestellt werden.

30 31 Begründung:

32 Kinderbetreuungs politik ist ein wesentliches Politikfeld um Chancengleichheit und
33 soziale Gerechtigkeit sicherzustellen. Gute Kinderbetreuungs politik leistet einen Bei-
34 trag für Bildung von Anfang an, für das gemeinsame Leben und Lernen in der Stadtge-
35 sellschaft.

36 Für die Berufstätigkeit und Lebensplanung junger Familien müssen verlässliche Rah-
37 menbedingungen gesetzt werden.

38 Die Schwarz-Gelbe Regierung wird den echten Herausforderungen, vor denen die Län-
39 der und Kommunen beim Kita-Ausbau stehen, überhaupt nicht gerecht. Der Bund
40 bleibt nach wie vor weit hinter seinen Versprechungen zurück, sich mit mindestens
41 einem Drittel an den Kosten für die Kitaplätze zu beteiligen. Zudem will der Bund unter
42 Führung von Angela Merkel 300 Millionen Euro im Jahr 2013 in das Betreuungsgeld
43 stecken – im Jahr 2014 sollen es sogar 1,1 Milliarden Euro sein. Die Regierung will mit
44 dieser Fernhalteprämie die Kinder aus den Kitas kaufen und sich damit aus ihrer Ver-
45 antwortung für die Umsetzung des Rechtsanspruchs stellen.

46 In den ersten Lebensjahren erwerben Kinder die Voraussetzungen für Spracherwerb,
47 Lese- und Rechenfertigkeiten sowie für Motorik und soziale Interaktion. Die frühkindli-

48 che Bildung erfüllt somit eine Schlüsselfunktion, um echte Chancengleichheit und auch
49 um gelungene Integration zu gewährleisten. Diese Ziele kann Kinderbetreuungspolitik
50 aber nur dann erreichen, wenn Kinder aus bildungsfernen Schichten sowie aus Fami-
51 lien mit einem Migrationshintergrund entsprechend als Adressaten unserer Politik
52 Berücksichtigung finden. Aktuelle Studien untermauern, dass Grundschülerinnen und
53 Grundschüler aus Familien, in denen etwa beide Eltern nicht in Deutschland geboren
54 sind, im Lesen, Schreiben und Rechnen besonders schlecht abschneiden. Dort wo diese
55 Kinder ein Angebot frühkindlicher Betreuung wahrgenommen haben, sind die Defizite
56 deutlich geringer. Eine intensive Zusammenarbeit mit den Eltern ist in diesem Umfeld
57 unabdingbar. Die Entwicklung der Kitas zu Kinder- und Familienzentren ist in diesem
58 Zusammenhang besonders zu fördern.

59

60 Darüber hinaus muss die Ausbauplanung sicherstellen, dass ausreichende und passen-
61 de institutionelle Angebote in den Stadtteilen bereit gestellt werden, die Menschen
62 mit unterschiedlicher kulturellen Hintergrund ansprechen. Um die Ressourcen der Be-
63 treuung optimal nutzen zu können, muss eine durchgängige Betreuung gewährleistet
64 sein, damit Kinder von 0 bis sechs Jahren kontinuierlich in einer Einrichtung betreut
65 werden können, entsprechend dem Elternwunsch.

66 Über die tatsächlichen Bedarfe im Stadtteil haben die Beiräte eine gute Einschätzung.
67 Sie stellen eine wichtige Ressource für die Rückkoppelung der Ausbauplanung dar.

Angenommen.

1 Sozialdemokratische Wohnungspolitik

2

3

Art. 14 der Bremischen Verfassung

4

„Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat einen Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruches zu fördern.“

5

6

7

8 **Unser Ziel: Angemessener und bezahlbarer Wohnraum für alle Einwohnerinnen und** 9 **Einwohner Bremens**

10

11 Die Sicherung eines ausreichenden und qualitativ angemessenen Wohnungsangebo-
12 tes für alle Generationen und alle Einkommenschichten, gerechte und bezahlbare
13 Mieten, ein leistungsstarkes Wohngeld und ein sozial gerechtes Mietrecht sind die
14 Grundpfeiler sozialdemokratischer Wohnungspolitik im Bund und in Bremen. Um die
15 Vielfalt und soziale Durchmischung zu sichern, müssen auch in teureren Stadtteilen
16 Wohnungen für Menschen mit geringeren Einkommen zugänglich sein – und umge-
17 kehrt. Wir brauchen mehr Wohnraum für neue Einwohnerinnen und Einwohner, nicht
18 nur, um unsere Einkommenssituation zu verbessern, sondern auch, um Bremen als
19 attraktive Stadt zu erhalten und auszubauen. Sozialdemokratische Wohnungspolitik
20 ist dabei eingebettet in eine integrative, sozial ausgewogene und nachhaltige Stadt-
21 entwicklung in Bremen und seinen Stadtteilen und Quartieren.

22

23 **Eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage:**

24

25 In den letzten Jahren gab es im Bund, aber auch im Land Bremen zu wenige Neubau-
26 ten. Waren es im Jahr 1992 noch 2.500 Wohnungen, so ist die Zahl der Neubaufertig-
27 stellungen im Land Bremen auf unter 500 im Jahr 2009 gesunken. Der Bedarf bis 2020
28 liegt aber bei 14.000 neuen Wohnungen, wenn Bremen seine Einwohnerzahl halten
29 will. Jährlich müssen also 1.200 bis 1.400 Wohneinheiten neu gebaut werden. Dieses
30 Ziel ist in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, und der Senat hat im August be-
31 schlossen, in den Jahren 2012/2013 den Bau von 700 Wohnungen öffentlich zu fördern.

32

33 Dazu kommt, dass immer mehr Sozialbindungen auslaufen. Waren im Jahr 2000 noch
34 29.600 Wohnungen in der Bindung, so waren es 2010 nur noch 10.400, und diese Zahl
35 würde sich – ohne Gegensteuern – bis 2020 noch einmal halbieren. Sozialer Woh-
36 nungsneubau bleibt also weiter notwendig.

37

38 Bedarf gibt es vor allem an kleinen und preiswerten Wohnungen bzw. in geringerem
39 Ausmaß an Wohnungen für Großfamilien. Wir beobachten allerdings, dass bislang vor
40 allem im hochpreisigen Segment gebaut wird.

41

42 Bei Neubauten sind – ohne Förderung – kaum preiswerte Mieten zu erreichen. Es ist
43 deshalb sehr wichtig, neben dem Thema Neubau auch über die Entwicklungen im Be-
44 stand nachzudenken. Probleme sind hier der energetische Standard, Barrierefreiheit,
45 Wohnungsgrößen und -zuschnitte.

46 Für den Mietwohnbestand in Bremen sind dabei die Wohnungen der GEWOBA von
47 entscheidender Bedeutung (32.000 Wohnungen). Durch die Sanierungen steigen aber
48 auch hier die Mietpreise. Gerade umfangreiche energetische Sanierungen führen dazu,
49 dass diese Wohnungen nicht mehr von ALG II-Empfängern angemietet werden können.
50

51 Auch die Nebenkosten steigen. Sie entwickeln sich zu einem wesentlichen Faktor der
52 Mietkosten und stellen vor allem auch für Familien mit geringem Erwerbseinkommen
53 ein Problem dar.
54

55 **Fazit:**

56
57 Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt erfordern eine aktive Flächenpolitik und eine
58 Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus. Sie werden sich aber nicht über die ge-
59 rade beschlossenen Wohnbauförderung und das Marktgeschehen alleine regeln las-
60 sen. Öffentliche Einflussnahme ist notwendig - und dabei kommen der GEWOBA und
61 der Stävog als kommunalen Gesellschaften wichtige Rollen zu.

62 Wohnbauförderung und soziale Wohnungspolitik werden derzeit intensiv öffentlich
63 diskutiert. Die Bremer SPD begrüßt besonders, dass Jens Böhrnsen als Präsident des
64 Senats ein „Bündnis für Wohnen“ initiiert und ins Rathaus eingeladen hat.
65

66 **Unsere Forderung: Eine Neuorientierung der Wohnungs- und Städtebauförde-** 67 **rungspolitik auf Bundesebene**

68
69 Der Bund wird aufgefordert:

- 70
- 71 > Die Kompensationszahlungen zur Durchführung des Sozialen Wohnungsbaus an die
 - 72 Länder in gleicher Höhe weiter zu zahlen und die Zweckbindung beizubehalten.
 - 73 > Den Mietwohnungsbau durch angemessene degressive Abschreibungssätze im
 - 74 Steuerrecht zu fördern.
 - 75 > Sonderförderprogramme für Regionen mit akutem Wohnungsmangel aufzulegen.
 - 76 > Die Kürzungen im Programm Soziale Stadt zurückzunehmen und das Programm
 - 77 zumindest auf das vorherige Niveau zurückzuführen.
 - 78 > Das Programm „Altersgerechtes Umbauen“ wieder aufzunehmen.
 - 79 > Im Mietrecht Mieterhöhungsmöglichkeiten weiter zu beschränken (auf maximal 15
 - 80 Prozent in 3 Jahren), die Modernisierungsumlage auf 7 Prozent zu beschränken und
 - 81 das soziale Mietrecht insgesamt weiter zu entwickeln.
 - 82 > Den Genossenschaftsgedanken durch Förderung von Modellprojekten zu stärken.
83

84 **Mehr Wohnraum in Bremen (und Bremerhaven)**

85
86 Die Pläne des Bausenators für eine Ausweitung der Wohnbauflächen sind ein Schritt in
87 die richtige Richtung. Wir brauchen mehr Flächen für sozialen Wohnungsbau. Daneben
88 benötigen wir auch Wohnungsbau zur Eigentumsbildung, auch für mittlere Einkom-
89 mensschichten.
90

91 Für eine solche aktive Flächenpolitik müssen die nötigen Instrumente entwickelt und
92 bereitgestellt werden:
93

- 94 > Prüfung der Bebauungsplan- und Genehmigungsverfahren zur Straffung und Ver-
95 einfachung
96 > Ausrichtung der Personalplanung an den Verfahrenserfordernissen
97 > Klare und zeitlich straffe Regelungen in Konfliktfällen
98 > Quartalsbezogenes Controlling der erteilten Baugenehmigungen, des Baubeginns
99 sowie der Fertigstellung von Wohnungen
100 > Modellprojekte „Kostengünstiges Bauen“, auch in Tradition des Bremer Hauses
101 > Wohnraumförderung durch städtebauliche Verträge auch für mittlere Einkommen
102 > Weiterhin Orientierung am Vorrang der Innenentwicklung, Bebauung von Baulü-
103 cken, Arrondierung von Quartieren, Nutzung von Brachflächen
104

105 **Mehr preiswerten Wohnraum in Bremen und Bremerhaven**

106

107 Im Land Bremen begrüßen wir den Beschluss des Senats, von den in den Jahren
108 2012/2013 zu errichtenden 2.400 bis 2.800 Wohneinheiten ein Viertel (700) mit öffent-
109 licher Förderung zu realisieren und erwarten,

110

- 111 > dass der Senator für Umwelt, Bauen und Verkehr die Planungsvorhaben zügig und
112 unter Beteiligung der Beiräte und der Öffentlichkeit durchführt.
113 > dass Belegungsbindungen für den Sozialen Wohnungsbau längstmöglich erhalten
114 bleiben und nicht – wie bisher oft praktiziert – vorzeitig abgelöst werden.
115 > dass durch städtebauliche Verträge Investoren an Folgekosten beteiligt werden und
116 sie einen Teil von Neubauvorhaben auch mit einer Belegungsbindung ausstatten
117 oder einer mittelbaren Belegungsbindung zustimmen.
118 > dass der Senat stadteigene Grundstücke für Vorhaben preiswerten Wohnungsbaus
119 kostengünstig zur Verfügung stellt.
120 > dass für einen Ausbau des studentischen Wohnens Förderprogramme in Anspruch
121 genommen und bei Bedarf bremisch ergänzt werden.
122 > dass Wohnungsnotfälle besondere Zugangsrechte zum Wohnungsmarkt erhalten.
123

124

125 Energetische Sanierungen sind als Bestandteil der Energiewende notwendig. Sinnvoll
126 ist, dass höhere Mieten bei geringeren Energiekosten zum Beispiel im Rahmen der
127 Übernahmen der Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch anerkannt wer-
128 den. Bremens Anforderung an die energetische Sanierung und Bauweise sollte aber
129 nicht über bundesweite Regelungen der nächsten Energiesparverordnungsnovelle 2013
130 hinausgehen. Energetische Sanierung sollte mit Augenmaß, auch in Hinblick auf nied-
131 rige Einkommensgruppen, gestaltet werden. Die Kosten sollten auf die Miete nur dann
132 umgelegt werden, wenn die Energiekosten in gleichem Umfang gesenkt werden
133 (warmmietneutral). Flankiert werden müssen diese Maßnahmen durch Beratungs- und
134 Weiterbildungsangebote. Weiterhin ist darauf zu achten, dass die Zugangskriterien zur
135 bremischen Förderung der energetischer Sanierung möglichst niedrigschwellig ange-
136 setzt sind.

136

137 **GEWOBA und Stäwog sind unsere Partner**

138

139 Die GEWOBA ist eine wichtige Partnerin bei der Umsetzung unserer Vorstellungen in
140 der Stadt Bremen.

141

142 Von der GEWOBA erwarten wir, dass sie

143

- 144 > die Planungs- und Bauabteilung zügig wieder aufbaut. Damit kann die GEWOBA
- 145 wieder in den Neubau von Wohnungen einsteigen. Vorrang sollten hier preiswerte
- 146 und sozial ausgerichtete Vorhaben haben. Die GEWOBA sollte außerdem weitere
- 147 Wohnungen (preiswerte Bestände) aufkaufen, ggf. sanieren und für alle Zielgrup-
- 148 pen zur Verfügung stellen.
- 149 > weiterhin Projekte zur Stärkung und Aufwertung von Quartieren mit besonderen
- 150 Bedarf durchführt (auch in Verbindung mit der Schulentwicklung in Stadtteilen).
- 151 > einen Teil der Gewinne, die bei hochpreisigen Bauvorhaben realisiert werden, der
- 152 Förderung von sozialem Wohnungsbau widmet.
- 153 > neue Gebiete zur preisgünstigen Wohnbebauung entwickelt.
- 154 > Modellprojekte zum preiswerten Wohnen und Bauen konzipiert und dann auch rea-
- 155 lisiert.

156

157 **Preiswerten Wohnraum auch im Bestand sichern**

158

159 Preiswerten Wohnraum kann man angesichts hoher Baukosten und des erheblichen
160 finanziellen Aufwands bei öffentlicher Förderung allerdings nur zum Teil über Woh-
161 nungsneubau sicherstellen. Es kommt daher auch darauf an, eine große Zahl preiswer-
162 ter Wohnungen im Wohnungsbestand zu sichern.

163 Im Land Bremen haben die kommunalen bzw. kommunal beeinflussten Wohnungs-
164 baugesellschaften eine wichtige Rolle bei der Sicherung preiswerter Mieten, zumal sie
165 in den unteren Preissegmenten oft über einen bedeutenden Marktanteil verfügen.

166 Folgende Maßnahmen sollten mit den Wohnungsbaugesellschaften im Rahmen des
167 „Bündnisses für Wohnen“ erörtert und vereinbart werden:

168

169 **1. *Beschränkung von Mieterhöhungen für alle Haushalte***

170

Das geltende Mietrecht macht eine Erhöhung der Bestandsmieten in drei
171 Jahren um bis zu 20 Prozent möglich. Angesichts der deutlich geringeren
172 Inflationsraten (und auch zum Beispiel der geringeren Steigerung von
173 Renten und Arbeitnehmereinkommen) ist es denkbar, eine Beschränkung
174 der Erhöhungen auf 12 Prozent in 4 Jahren zu vereinbaren.

175

176 **2. *Beschränkung der Mieterhöhungen bei Modernisierungen***

177

Die Umlagemöglichkeit bei Modernisierung auf die Miete geht bislang von
178 hohen Zinsaufwendungen für die Maßnahmen aus. Die Zinsen sind aber
179 auf einem historischen Tiefststand. Die Umlage sollte durch die
180 Unternehmen daher auf maximal 7 Prozent der aufgewendeten Kosten per
181 anno beschränkt werden.

182

183 **3. *Keine „Wegmodernisierung“ preiswerten Wohnraums***

184

Es ist zu beobachten, dass durch die Modernisierung von Wohnraum der
185 Bestand an preiswertem Wohnraum immer mehr zurückgeht.

186

Modernisierungen sollten daher nur vorgenommen werden, wenn der
187 Umfang der Erhöhung der Kaltmieten durch sinkende Betriebs- und
188 Energiekosten vollständig aufgefangen wird.

189

- 190 **4. Soziale Mischung sicherstellen**
191 Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bieten Wohnraum für
192 breite Bevölkerungsschichten an. Dies soll sich auch in der Belegung ihrer
193 Wohnungen widerspiegeln, und zwar in allen Quartieren. Die
194 Gesellschaften vergeben daher zukünftig mindestens 50% aller zur
195 Wiedervermietung anstehenden Wohnungen an Haushalte mit
196 Wohnberechtigungsschein, und zwar bezogen auf jeden Stadtteil.
197
- 198 **5. Individuelle Lösungen finden**
199 Für Mieterinnen und Mieter, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und
200 sozialen Situation eine Mieterhöhung nicht erbringen können, wird durch
201 die Gesellschaft eine individuelle Lösung gefunden. Dazu kann auch
202 gehören, dass bei großen Wohnungen ein Wechsel in eine kleinere,
203 preiswerte Wohnung angeboten wird.
204
- 205 **6. Wohnungsangebot an die Erfordernisse des demographischen Wandels
206 anpassen**
207 Die Gesellschaften bauen Wohnungen und Gebäude so um, dass sie auch
208 bei Mobilitätsbeeinträchtigungen gut nutzbar sind und organisieren in
209 Zusammenarbeit mit Anbietern von Diensten flexible Versorgungs-
210 angebote bei Pflege- und Unterstützungsbedarf, die selbstbestimmtes
211 Wohnen ermöglichen.
212
- 213 Es ist anzustreben, dass sich andere, auch ehemals gemeinnützige Wohnungsbauun-
214 ternehmen diesen Maßnahmen jedenfalls teilweise anschließen. Bei den kommunalen
215 Unternehmen ist zu berücksichtigen, dass sich die Maßnahmen auf die Abführungen
216 an die Anteilseigner auswirken können. Dies ist aber angesichts der Bedeutung für das
217 Zusammenleben und die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven und zur Zu-
218 kunftssicherung der Unternehmen vertretbar.
219
- 220 Zur Begrenzung von überzogenen Mieterhöhungen im Bestand werden wir – neben
221 unseren bundespolitischen Maßnahmen und den Maßnahmen der Wohnungsunter-
222 nehmen – einen Mietspiegel in Bremen einführen.
223
- 224 **Soziale Stadtentwicklung**
225
- 226 Wohnungspolitik ist Bestandteil einer ganzheitlichen Stadtentwicklung. Es geht um
227 Nahverkehr, soziale und Bildungsinfrastruktur, um Naherholung, Einkaufs- und Frei-
228 zeitmöglichkeiten. Die Programme Soziale Stadt und Wohnen in Nachbarschaften sind
229 dabei unverzichtbarer Bestandteil, die wir erhalten und ausbauen werden. Eine aus-
230 gewogene Stadtentwicklungspolitik dient der Stärkung des sozialen Zusammenhaltes
231 einerseits und der Attraktivitätssteigerung für die Bremer und Bremerinnen und neue
232 Einwohner und Einwohnerinnen andererseits. An diesem Grundgedanken werden wir
233 festhalten.

Annahme des Antrages mit Überweisung der Änderungsanträge zu den Zeilen 104, 121 und 196 in den Unterbezirksvorstand und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion:

Einfügen eines weiteren Spiegelstrichs in Zeile 104:

- *Die öffentliche Förderung von Eigentumsbildung ist ein wesentlicher Beitrag zu sozialen Stabilisierung und sozialen Durchmischung. Deshalb ist die Förderung von Wohneigentum in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf anzustreben.*

Änderung und Ergänzung des Unterpunktes in Zeile 121:

- dass für einen Ausbau des studentischen Wohnens Förderprogramme in Anspruch genommen und bei Bedarf bremisch ergänzt werden *müssen*.

Der Ausbau studentischen Wohnens ist nachhaltig auf das Bundesniveau von 11,5 Prozent der Studierenden zu steigern und durch eine aktive Förderung von 25.000 Euro wie im Bundesland Bayern erfolgreich praktiziert als nicht bezahlbares Darlehen zu gewähren, damit das Studentenwerk den Anspruch auf preisgünstiges Wohnen, insbesondere für die Bezieherinnen und Bezieher nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) realisieren kann.

Ergänzung der Formulierung des Unterpunktes in den Zeile 190-196:

- [...] Die Gesellschaften vergeben daher zukünftig mindestens 50 Prozent aller zur Wiedervermietung anstehenden Wohnungen an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein, und zwar bezogen auf jeden Stadtteil *mit Ausnahme von WIN-Gebieten*. [...]

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3

4 Die SPD-Landesorganisation Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des
5 Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, alle Schritte zu unternehmen, die ge-
6 eignet sind, für breite Bevölkerungsschichten mit kleinem und mittlerem Einkommen
7 ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

8

9 Die SPD-Landesorganisation Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des
10 Senats auf, bundesweit eine Initiative zum Ausbau von staatlicher Förderung für sozia-
11 len Wohnungsbau zu ergreifen.

12

13 Um in Bremen und Bremerhaven möglichst schnell eine Vergrößerung des Angebots
14 an erschwinglichem Wohnraum zu schaffen, fordern wir die sozialdemokratischen
15 Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, durch das Studenten-
16 werk Bremen verstärkt Studentenwohnungen bauen zu lassen. Dabei sollte auch über-
17 prüft werden, ob leerstehende innerstädtische Gewerbeimmobilien umgenutzt wer-
18 den können.

19

20 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden weiter aufgefordert, Initiati-
21 ven zu prüfen, mit denen Eigentümer unterstützt aber auch angehalten werden kön-
22 nen, verwahrlosten Wohnraum wieder herzurichten. Wenn dabei eine Sozialbindung
23 erreicht werden kann, sollte auch eine staatliche Förderung ermöglicht werden.

24

25 Begründung:

26 In allen Stadtteilen ist immer mehr zu erkennen, dass günstiger Wohnraum knapp
27 wird. Marktmechanismen führen dazu, dass sich in solchen Situationen Mieten erhö-
28 hen. Dies trifft insbesondere Bevölkerungskreise, die sich den Kauf eines Hauses oder
29 einer Eigentumswohnung nicht leisten können.

30

31 Lange Jahre haben wir eine Stabilisierung einer guten und preiswerten Wohnsituation
32 durch das mehrheitliche Eigentum an den großen Wohnungsbaugesellschaften
33 GEWOBA und STÄWOG erreichen können. Jetzt kommt zu einer gesteigerten Nachfra-
34 ge auch noch ein Anstieg der Nebenkosten hinzu.

35

36 Wohnen darf nicht zur Ware verkommen. Das Vorhalten von angemessenen und be-
37 zahlbaren Wohnungen gehört zur staatlichen Daseinsvorsorge. Das Schaffen von
38 Wohnraum darf nicht allein privaten Kapitalgesellschaften zukommen.

39

40 Sozialer Wohnungsbau muss wieder stärker gefördert werden. In Bremen könnte sich
41 der Wohnungsmarkt recht schnell durch den Bau von bezahlbaren Studentenwohnun-
42 gen entspannen. Die aktuelle Niedrigzinsphase bietet dazu auch gute Finanzierungs-
43 möglichkeiten .

44

45 In Bremerhaven muss die Problemsituation teilweise heruntergekommener und nicht
46 mehr zumutbarer Wohnungen gelöst werden. Ausbleibende Investitionen von Privat-

47 eigentümern dürfen dabei aber nur dann von der Allgemeinheit unterstützt werden,
48 wenn gleichzeitig eine Sozialbindung erreicht werden kann. Auf jeden Fall sollte es
49 nicht hingenommen werden, dass das Stadtbild und damit insgesamt die Aufenthalts-
50 qualität durch unterlassene Sanierungen und Instandsetzungen leiden und solche
51 Wohnungen leer stehen.

Angenommen.

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats
4 auf zu prüfen inwiefern, im Rahmen eines bundesweiten Vorgehens, die Ver-
5 eine an polizeilichen Einsatzkosten beteiligt werden können.

6

7 Begründung:

8 Sportveranstaltungen sind in wesentlichen Bereichen inzwischen zu Veranstaltun-
9 gen mit Berufssportlern gewandelt. Sie dienen vor allem der Unterhaltung. Der mit
10 diesen Veranstaltungen verbundene Aufwand der öffentlichen Hand nimmt häufig
11 beträchtliche Ausmaße an. Zugleich übersteigen die den Berufssportlern und den
12 sogenannten Funktionären gezahlten Gagen das normale Gehaltsniveau der Bevöl-
13 kerung beträchtlich. Ein Teil der Träger der Veranstaltungen wird zudem inzwischen
14 in der Rechtsform von Wirtschaftsunternehmen geführt. Derartige Veranstaltungen
15 sind daher als der Unterhaltungsindustrie zuzurechnen.
16 Angesichts der unzureichenden Finanzierung der Gemeinde- und Länderhaushalte ist
17 den Veranstaltern daher der öffentliche Aufwand, der mit diesen Veranstaltungen
18 verbunden ist, in vollem Umfang in Rechnung zu stellen.

Angenommen.

1 **Autofreier Sonntag in Bremen**

2

3 Der Unterbezirksparteitag befürwortet die Durchführung des autofreien Sonntages
4 in Bremen auch in den kommenden Jahren. Mit dieser Aktion wird auf der Basis von
5 Freiwilligkeit verdeutlicht, dass es für die Mobilität in der Stadt umweltfreundliche
6 Alternativen zum Auto gibt.

7

8 Der Unterbezirksparteitag befürwortet jedoch eine für den öffentlichen Haushalt
9 kostenneutrale Durchführung des autofreien Sonntages. Der Unterbezirksparteitag
10 schlägt dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr vor, stattdessen Sponsoren für
11 diese Veranstaltung zu gewinnen.

12

13 Begründung:

14 Die eingesparten öffentlichen Mittel könnten für die Reparatur und Verbesserung
15 des stadtbremischen Radwegenetzes eingesetzt werden. Zu denken wäre etwa zur
16 Verbesserung der Verkehrssicherheit an die Wiederherstellung des auf dem Pflaster
17 abgefahrenen und kaum noch erkennbaren Zeichens "Radfahrer" (§ 41 StVO, Zeichen
18 237) auf dem Radweg zwischen Dom und Bischofsnadel. Auch die Aufstellung weite-
19 rer dringend benötigten Fahrradständer oder Haltebügel in der Innenstadt könnte
20 damit finanziert werden, an denen zur Erschwerung von Fahrraddiebstahl die Räder
21 angeschlossen werden können. Ebenso wäre an eine Anschubfinanzierung für ein
22 Zeit- und Maßnahmenraster für die Sanierung des bremischen Radwegenetzes zu
23 denken.

Angenommen.

1 Geschäftsführergehälter bei den bremischen Gesellschaften anpassen

2

3 Der Unterbezirk Bremen-Stadt begrüßt die Veröffentlichung der Geschäftsführerge-
4 hälter der bremischen Gesellschaften im Beteiligungs-Bericht des Landes. Mit dieser
5 Information wird notwendige Transparenz geschaffen, die Voraussetzung für eine
6 Kontrolle der staatlichen und kommunalen Gesellschaften durch Parlament und Öff-
7 fentlichkeit ist.

8

9 Die Geschäftsführergehälter liegen zum Teil deutlich über den Gehältern, die für ver-
10 gleichbare Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bezahlt werden. Das ist vor
11 dem Hintergrund der knappen Haushaltslage des Landes und der Stadtgemeinde und
12 angesichts der Entwicklung der Tarifgehälter für den öffentlichen Dienst und der
13 Beamtenbesoldung in Bremen nicht zu rechtfertigen. Der Verweis auf ein Arbeits-
14 platzrisiko zieht in den Fällen nicht, in denen die Betroffenen ein Rückkehrrecht in
15 den öffentlichen Dienst haben. Der Verweis auf Haftungsrisiken ist verfehlt, weil
16 diese Risiken durch Versicherungen abgedeckt werden können.

17

18 Der Unterbezirksparteitag fordert daher die sozialdemokratischen Mitglieder des
19 Senats und der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, zu prüfen wie bei Leitungsfunktionen
20 bei den im öffentlichem Eigentum stehenden privaten Gesellschaften, die nur Auf-
21 gaben der Verwaltung erfüllen und nicht am Markt agieren, künftig wie vergleichba-
22 re Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst vergütet werden. Das gleiche gilt für
23 Leitungsfunktionen, bei denen ein Rückkehrrecht in den öffentlichen Dienst gesichert
24 ist.

Angenommen.

1 **Erneuerung der Homepage**

2

3 Wir bitten die im Vorstand ernannten Zuständigen nochmals, die derzeitige Home-
4 page des Unterbezirkes Bremen-Stadt und dessen Ortsvereine in ihrem Design und
5 Aufbau grundlegend zu erneuern.

6

7 Begründung:

8 Um Menschen für die Arbeit der SPD vor Ort zu begeistern und Mitglieder zu gewin-
9 nen, ist eine zeitgemäße, übersichtliche und kompatible Onlinepräsenz erforderlich.

Angenommen.

BAFÖG-Regelung auf Bundesebene sozialer gestalten

Der SPD-Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fordert den Bremer Senat auf, eine Initiative für eine Neuregelung des BAFÖG-Bezugs auf Bundesebene zu starten. BAFÖG kann derzeit lediglich über zwei Ausbildungsabschnitte hinweg bezogen werden. Dadurch wird es allen bildungswilligen Menschen schwer gemacht, die sich nach einem geförderten Schulabschluss und einem weiteren noch förderbaren Ausbildungsschritt noch für ein Studium entscheiden wollen. Damit dieser Weg nicht nur denjenigen offen steht, die privat über genug finanzielle Mittel verfügen, muss auf Bundesebene der Zugang zur Förderung von Höherqualifizierung neu geregelt werden.

Begründung:

In einigen Ausbildungsberufen stehen bildungswillige Menschen vor dem Problem, dass sie keine Förderung mehr bekommen können, wenn sie sich nach einem über SchülerInnenbafög geförderten höheren Schulabschluss und einer Fachschulausbildung noch für ein Studium entscheiden.

Beispielsweise ist es bisher möglich, für die Zeit der Fachschulausbildung zur Erzieherin SchülerInnen-BAFÖG zu beziehen. In Zukunft wäre nach Einführung der Sozialpädagogischen Assistenz-Ausbildung (SPA) in Bremen der Bezug von SchülerInnen-BAFÖG mit dem Ende der SPA-Ausbildung beendet. Die Zweitausbildung, die zur ErzieherIn, könnte dann nur über ein Meister-BAFÖG-Darlehen finanziert werden. Ein Studium im Anschluss daran würde nicht mehr unterstützt, weder zum Bachelor, noch zum Master. Gerade weil dieser Bildungsweg für SchulabgängerInnen mit einem Haupt- oder Real schulabschluss so vorgegeben ist (erst SPA, danach ErzieherInnenausbildung, anschließend erst die Zulassung zum Studium), sollte im Sinne der Chancengleichheit der volle Bildungsweg über BAFÖG finanzierbar sein, damit auch ErzieherInnen aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien die Chance auf ein Studium haben und die Durchlässigkeit zwischen den Berufsständen erhöht wird.

Eine Neuregelung muss für alle Ausbildungswege gefunden werden, auf die dieses Problem zutrifft.

Angenommen.

1 Tanzverbot an Feiertagen abschaffen!

2
3 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Änderung des Bremi-
4 schen Feiertagsgesetzes mit dem Ziel der Abschaffung des Verbots von Tanz- und
5 Sportveranstaltungen einzusetzen und hierzu §6 komplett zu streichen.

6
7 §6 Absatz 2 des Bremischen Gesetzes über die Sonn- und Feiertage vom 12. November
8 1954 (Brem.GBl. S. 115), zuletzt geändert durch Änderung von Zuständigkeiten vom 22.
9 Juni 2004 (Brem.GBl. S. 314), besagt: "Öffentliche Tanzveranstaltungen und Veranstal-
10 tungen in Räumen mit Schankbetrieb, die über den Schank- und Speisebetrieb hinaus-
11 gehen, sind verboten." Darüber hinaus werden die konkreten Zeiten "am Karfreitag von
12 0 Uhr bis Karsamstag 4 Uhr, am Volkstrauertag und am Totensonntag von 4 Uhr bis 24
13 Uhr" genannt. Da ein Verstoß gegen diese Regelungen als Ordnungswidrigkeit angese-
14 hen wird, müssen Veranstaltungen bei denen getanzt wird, an den genannten Tagen
15 schließen oder ihren Gästen das Tanzen verbieten. Auch Sportveranstaltungen sind an
16 diesen Tagen verboten, ebenso wie öffentliche Veranstaltungen ohne "ernsten Charak-
17 ter".

18
19 Begründung:

20 In Bremen leben viele Protestanten und Katholiken aber auch Muslime, Juden und viele
21 Menschen ohne religiöses Bekenntnis. Das Recht der freien und ungestörten Religions-
22 ausübung steht allen Bürgerinnen und Bürgern zu, eine Störung der Gottesdienste
23 oder entsprechender Veranstaltungen wie etwa Prozessionen oder Feiern darf es we-
24 der an Feiertagen noch an sonstigen Tagen geben.

25
26 Die aktuelle Gesetzeslage verbietet jedoch allen Bremerinnen und Bremern gleich wel-
27 cher (oder keiner) Konfession an diesen Tagen eine Vielzahl von Aktivitäten, die in der
28 heutigen Gesellschaft einen festen Teil der Freizeitgestaltung darstellen. Dies ist eine
29 unverhältnismäßige und nicht mehr zeitgemäße Einschränkung. Niemand wird in sei-
30 ner Religionsausübung oder in seinem Bekenntnis beeinträchtigt, wenn anderswo in
31 der Stadt eine Tanzveranstaltung stattfindet. Eben sowenig soll irgendjemand dazu
32 gezwungen werden, an religiösen Feiertagen an Veranstaltungen teilzunehmen, die
33 seinem Glauben widersprechen. Einen solchen Eingriff in den Alltag zugunsten einzel-
34 ner Religionsgemeinschaften darf es jedoch auch im Hinblick auf die immer vielfältiger
35 und säkularer werdende Gesellschaft nicht mehr geben.

Angenommen.

1 Problem:

2 Es werden derzeit Reviere im Lande Bremen umstrukturiert. Der Senator für Inneres
3 und Sport legt bei der Personalbemessung und der Standortwahl einzelner Reviere für
4 eine Umstrukturierung die jeweilige polizeiliche Lage und die Anzeigenhäufigkeit zu
5 Grunde. Das subjektive Sicherheitsgefühl der BürgerInnen wird durch die Zentralisie-
6 rung von Polizeistandorten erheblich berührt. Es steht zu befürchten, dass durch die
7 Zentralisierung eine kleinräumige Einsatzpräsenz nicht mehr gewährleistet wird. Die
8 Polizisten haben dann Einsätze in ihnen unbekanntem Stadtteilen und können trotz
9 eines Navigationsgeräts Schleichwege nicht finden. Zudem verlängert eine Zentralisie-
10 rung die Anfahrt zu den Einsatzorten. Die Auslastung der Anzeigenaufnahme sagt
11 nichts über die reale Kriminalitätshäufigkeit aus. Die Dunkelziffer der nicht angezeig-
12 ten Straftaten ist hoch.

13
14 Beschluss:

15 1. Der Senator für Inneres und Sport wird aufgefordert, einen bedarfsgerechten Perso-
16 naleinsatz bei der Polizei Bremen zu gewährleisten. Der Senator für Inneres und Sport
17 muss insbesondere Sorge dafür tragen, dass Stellen bei der Polizei Bremen nach Pensi-
18 onierungen wieder besetzt werden. Ferner wird darum gebeten, dass ausreichend
19 Ausbildungsplätze für den Polizeinachwuchs geschaffen und dass eine ausreichende
20 Krankheits- und Mutterschutzvertretung gewährleistet wird.

21
22 Begründung:

23 Ein Polizeirevier in seinem Stadtteil zu haben, stärkt das „subjektive Sicherheitsgefühl“
24 der BürgerInnen, ein Umstand, der stets von der Polizei zwar offiziell als wichtig darge-
25 stellt, aber bisher kein Argument war, von Personalreduzierungen abzusehen. Die Poli-
26 zei darf nicht mit ihrem präventiven Ansatz nach betriebswirtschaftlichen Gesichts-
27 punkten organisiert werden. Da solche Entscheidungen verschiedene Facetten haben,
28 ist es fraglich, welche Bedeutung es haben kann, wenn aus einem Polizeirevier mit Ein-
29 satzkräften ein Außenposten mit KOPs wird. Es wäre sicher nicht gerecht, den Stellen-
30 wert der KOP`s in der Kriminalitätsbekämpfung herabzuwürdigen. Aber welchen Wert
31 sie effektiv bei der operativen Aufgabenwahrnehmung haben, muss kritisch hinter-
32 fragt werden. In der Regel sind KOPs in fortgeschrittenem Lebensalter, anders aus- und
33 fortgebildet und nur zu Tageszeiten z.B. als Fahrraddoppelstreife in ihrem Bereich zu
34 sehen. In Krankheitsfällen müssen sie die Revieröffnungszeiten übernehmen und kön-
35 nen nicht auf der Straße sein.

36 Solche Vorgänge bleiben nicht unbemerkt, insbesondere nicht bei potentiellen Straftä-
37 tern, die Gelegenheiten suchen, nicht erwischt zu werden. Die größten Chancen da-
38 vonzukommen haben sie, wenn die Polizei

- 39
40
- 41 ■ nicht präsent ist,
 - 42 ■ lange Zeit benötigt, um zum Tatort zu kommen,
 - 43 ■ keine ausreichende Ortskenntnis besitzt und bei
 - 44 ■ direkter Anschlussermittlung keine Szenenkenntnis hat.

45 Wenn diese Voraussetzungen erfolgreicher Polizeiarbeit nicht gegeben sind - und das
46 ist bei weiterer Zentralisierung der Einsatzkräfte der Fall - dann ist die Polizei auf Zufäl-
47 le angewiesen oder kann Kriminalität nur noch verwalten.

48 Die Art und das Maß der Gewaltanwendung wurde in den letzten Jahren immer hem-
49 mungsloser. Gewalttäter neigten schneller zu Gewalt als früher.
50 Die ausgewiesene Kriminalitätsrate für das Land Bremen verträgt keine weiteren Per-
51 sonaleinsparungen.
52 Der derzeitiger Personalstamm wird jetzt schon für kriminalpräventive Projekte drin-
53 gend benötigt, wie z.B.: „Stopp der Jugendgewalt“, „Fanprojektbetreu-
54 ung“(Fußballspiele), „ethnische Clans“ etc.
55 Schon jetzt haben die Polizistinnen und Polizisten die Grenzen ihrer beruflichen Be-
56 lastbarkeit erreicht. Viele haben ein erhebliches Überstundenkontingent und machen
57 Schichtdienst.

Angenommen.

1 Finanzierungstopp für die Jacobs University

2
3 Wir erkennen die Bedeutung der Jacobs University Bremen für die Bremische Wissen-
4 schaft- und Forschungslandschaft sowie ihre Rolle für den Standort Bremen-Nord an.
5 Für sämtliche öffentlich geförderte Hochschulen im Land Bremen müssen allerdings
6 dieselben Voraussetzungen gelten, insbesondere muss das Bremische Hochschulgesetz
7 Anwendung finden. Wir fordern daher die Verhandlungen mit der Jacobs University
8 mit folgenden Zielen fortzuführen:

- 9
- 10 > Die SPD setzt sich dafür ein, dass dauerhaft keine weiteren Mittel vom Land Bremen
 - 11 an die Jacobs University Bremen (JUB) fließen.
 - 12 > Es sollen weder vom Senat noch von der Bürgerschaft weitere Zusagen bzgl. dauer-
 - 13 hafter finanzieller Unterstützung der JUB gemacht werden.
 - 14 > Es soll geprüft werden, ob die JUB bei Bedrohung ihrer Existenz in die öffentliche
 - 15 Hand überführt werden kann.
 - 16 > Im Falle einer solchen Überführung in die öffentliche Hand muss für die JUB, wie für
 - 17 jede andere Bremer Hochschule, das Bremische Hochschulgesetz gelten. Eine Bevor-
 - 18 zugung der JUB gegenüber der anderen Hochschulen in Hinblick auf die finanzielle
 - 19 Ausstattung, die Betreuungsrelation und die Qualität von Forschung und Lehre darf
 - 20 es nicht geben.

21 Begründung:

22 Die Jacobs University Bremen (JUB) hat seit ihrer Gründung als International University
23 an die 200 Millionen Euro an Mitteln vom Land Bremen erhalten. Nun musste sie sich
24 erneut an den Senat wenden, damit dieser ihr unter die Arme greift. Dies zeigt: das
25 Finanzkonzept der JUB ist - wie auch schon an anderen privaten Unis in Deutschland -
26 gescheitert.
27

28
29 In Zeiten, in denen die öffentlichen Hochschulen chronisch unterfinanziert sind, ist es
30 schlichtweg nicht vermittelbar, eine private Hochschule, die nach der Anschubfinanzie-
31 rung im Jahr 2001 nie wieder Unterstützung brauchen sollte, weiter durch Staatsgeld
32 am Leben zu erhalten. Wo Studierende an Uni und Hochschule Bremen auf dem Boden
33 sitzen müssen oder gar Veranstaltungen aus Personalmangel ausfallen, ist die Förde-
34 rung einer privaten Uni mit einer ProfessorInnen-Studierenden-Quote von 1:16 (diese
35 würde erst aus der Umsetzung der Forderungen des Senats resultieren – die Universi-
36 tät Bremen bspw. hat eine Betreuungsrelation von ca. 1:70) nicht mehr zu erklären.
37 Deswegen ist der Fluss öffentlicher Gelder an die JUB einzustellen.
38

39 Gleichzeitig sollte die Perspektive der Studierenden und MitarbeiterInnen der JUB nicht
40 übersehen werden. Eine sofortige Insolvenz der JUB hätte nicht absehbare Folgen für
41 sie, was für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmbar ist.
42 Ebenso muss der positive Einfluss auf den Standort Bremen Nord durch die JUB berück-
43 sichtigt werden, der durch eine Schließung wegfallen würde. Eine Schließung ist aus
44 diesen Gründen – wenn möglich – zu vermeiden.

45 Deshalb sollte geprüft werden, ob es möglich ist, die JUB in die öffentliche Hand zu
46 überführen. Dadurch wäre das Land Bremen zwar in der Rolle, die JUB finanzieren zu
47 müssen, hätte

48 aber dafür auch die Kontrolle, da die JUB sich an das Bremische Hochschulgesetz halten
49 müsste, was sie bisher als Privatuni nicht tun muss, und würde durch Zielvereinbarun-
50 gen die Verwendung öffentlicher Zuwendungen kontrollieren. Zudem könnten so Ar-
51 beits- und Studienplätze sowie der positive Einfluss auf den Standort Bremen Nord
52 erhalten werden, die durch eine Schließung gefährdet wären.

Angenommen.

1 Verlässliche Investitionsplanung auch für die Stadt Bremen

2

3 Der Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und
4 die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, im Zusammenhang mit den in diesem Jahr zu tref-
5 fenden größeren Investitionsentscheidungen und im Zuge der Haushaltsberatungen
6 2014/15 eine mittel- und langfristige Investitionsplanung vorzulegen, die die Stadt
7 Bremen angemessen berücksichtigt. Die Investitionsplanung soll ressortübergreifend
8 sein.

9

10 Begründung:

11 In diesem Jahr erfolgt der Beschluss über die Finanzierung des Offshore Terminal Bre-
12 merhaven (OTB). Das OTB ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt für das ganze Land
13 Bremen. Die derzeit vorgesehene Finanzierung über lediglich 5 Jahre würde bei den
14 erforderlichen ca. 190 Millionen Euro jährlich 38 Millionen Euro bedeuten. Damit ist der
15 freie Investitionsrahmen unter den Bedingungen der Schuldenbremse unter Umstän-
16 den weitgehend ausgeschöpft. Für weitere unabweisbare zusätzliche Projekte bliebe in
17 den nächsten Jahren wenig Spielraum. Dies würde besonders die kommunale Infra-
18 struktur der Daseinsvorsorge in der Stadt Bremen betreffen, wie z. B. die Sanierung der
19 Kliniken, der investive Bedarf des Schulentwicklungsplanes, der weitere Ausbau der
20 Kindertagesbetreuung oder die Bädersanierung. Nur eine mittel- und langfristig ver-
21 lässliche Investitionsplanung aus einem Guss, die alle Gebietskörperschaften des
22 Stadtstaates Bremen angemessen berücksichtigt, wird den Erfordernissen des Sanie-
23 rungskurses gerecht.

Angenommen.

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, durch die Fort-
2 führung und Neuentwicklung eigener Maßnahmen in Bremen Vorreiter auf dem Ge-
3 biet der Alkoholprävention zu sein. Sie werden weiterhin aufgefordert zu prüfen, ob
4 und wie durch eine bundesweite Gesetzesinitiative die Werbung für Alkohol insgesamt
5 verboten werden kann.

6
7 Begründung:

8 In Übereinstimmung mit der aktuellen Forderung der Welt – Gesundheits – Organisa-
9 tion (WHO) wollen wir Kinder und Jugendliche besser schützen.

10
11 Kinder und Jugendliche brauchen Räume, in denen sie sich weitgehend ungestört und
12 gesund entwickeln können. Der Sport bietet diesen Raum, daher sollte dieser Bereich
13 frei von Alkohol-Werbung sein, damit keine Verknüpfung von Sport und Alkohol ent-
14 steht.

15
16 Wenn in diesem Umfeld für den Alkoholgenuss geworben wird, verstärkt das den Ein-
17 druck, dass Alkohol in unserer Gesellschaft offenbar zum Sport dazugehört . Immer
18 mehr Kinder und Jugendliche konsumieren Alkohol und sind dadurch mitunter ge-
19 sundheitlich stark gefährdet.

20
21 Kinder und Jugendliche sind auf der Suche nach Grenzen. In diesem Zusammenhang ist
22 der Alkoholkonsum besonders gefährlich, weil er Hemmschwellen herabsetzt und das
23 europaweite Phänomen des „Komasaufens“ mit einer immer größer werdenden Zahl
24 von Todesfällen fördert.

25
26 Außerdem verschlechtert die stetig steigende Anzahl von brutalen Übergriffen ent-
27 hemmter, alkoholisierter Jugendlicher zunehmend das Sicherheitsgefühl in der öffent-
28 lichen Wahrnehmung. Darüber hinaus ist bei Mädchen eine erhöhte Rate von unge-
29 wollten frühen Schwangerschaften im Zusammenhang mit Alkoholmissbrauch be-
30 schrieben. Dieser Entwicklung soll durch ein Werbeverbot für Alkohol im sportlichen
31 Umfeld gegengesteuert werden.

32
33 Es besteht kein Zweifel, dass es durch eine Einführung des Werbeverbotes im sportli-
34 chen Umfeld und die öffentliche Diskussion des Themas Alkoholkonsum durch Kinder
35 und Jugendliche, zum Wegfall von Sponsoring und zu Umsatzreduzierung bei den Al-
36 koholproduzenten kommen kann. Es gilt jedoch, diese „unheilige Allianz“ aufzubre-
37 chen. Es gibt mit Sicherheit andere Werbepartner.

38
39 Neben den ethischen Gesichtspunkten können durch die bessere Gesunderhaltung von
40 Kindern und Jugendlichen die finanziellen Nachteile durch Wegfall des Sponsorings
41 und der Werbung für Alkoholprodukte im Bereich des Sports mehr als überkompensiert
42 werden.

43
44 Daher sollte im Umfeld von Sportveranstaltungen sowie in/an offiziellen Sportstätten
45 sofort umgesetzt werden:

46
47

- 48 • Verbot der Alkoholwerbung, insbesondere Bandenwerbung
49 • Verbot jeglicher Zurschaustellung von Emblemen, Signets oder Markennamen
50 von Herstellern, Vertreibern und Verkäufern alkoholischer Getränke
51 • Verbot der alkoholbezogenen Trikotwerbung
52 • Verbot des Alkoholsponsorings
53 • Verbot der Verknüpfung von Sport und Alkoholwerbung bei der Übertragung
54 durch Medien

55

56 **„Die Zukunft braucht klare, kluge Köpfe“!**

57

58 Das teilweise Verbot von Tabakwerbung und die verschiedenen flankierenden Maß-
59 nahmen haben uns gezeigt, dass eine gesellschaftliche Ächtung zu einer deutlichen
60 Abnahme der Zahl jugendlicher Raucher im Alter von 12-17 Jahren, nämlich von 28 % im
61 Jahr 2001 auf 11,7 % im Jahr 2011, geführt hat.

Angenommen.

Überweisungen an den
Unterbezirksvorstand

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2

3

4 **Statt City-Center: Stadtzentrum stärken!**

5

6 **Der UB Parteitag möge beschließen, dass die Altstadt/City nach folgenden**
7 **Grundsätzen entwickelt wird:**

8

- 9 **1. Kein Neubau eines City-Centers nach dem Muster einer ECE-Shopping-Mall in**
10 **der Altstadt.**
- 11 **2. Aufgabe des Parkhauses Mitte und Nutzung der frei werdenden Flächen/des**
12 **frei werdenden Grundstücks für Einzelhandel, Büro und Wohnen.**
- 13 **3. Weiterentwicklung des vorhandenen Fußgängerbereiches über die Söge-**
14 **straße hinaus in Richtung Violenstraße und nach Westen bis zur Bgm.-Smidt-**
15 **Straße und damit Erweiterung der autofreien Einkaufs- und Flanierzone mit**
16 **attraktiven Rundläufen zwischen Obernstraße und Wall.**
- 17 **4. Kompensation der wegfallenden Parkplätze wenigstens teilweise durch Ka-**
18 **pazitätsausweitungen am Rande der Altstadt.**

19

20 Begründung:

21

22 Die Altstadt ist das geographische und historische Zentrum der Stadt Bremen sowie
23 das politisch-administrative Zentrum des Landes Bremen. Darüber hinaus spielt sie
24 mit ihren belebten Straßen, Plätzen und historischen Gebäuden, also aufgrund der
25 besonderen Struktur ihrer öffentlichen Räume, im „Erlebnisraum Großstadt“ eine
26 zentrale Rolle. Ihre Erreichbarkeit, die Vielfalt und Qualität des Einzelhandels, von
27 Restaurationsbetrieben und anderen Dienstleistern sowie ihre kulturellen Angebote
28 sind für die Bremerinnen und Bremer und ihre Gäste entscheidende Faktoren ihrer
29 Attraktivität. Diese verwirklicht sich insgesamt gesehen durch die Entfaltung von
30 Vielfalt/Abwechslung versus Monotonie, von Offenheit/Öffentlichkeit versus Abge-
31 schlossenheit und von Lebendigkeit und Fülle versus Ödnis und Leere.

31

32

33 Ein „City-Center“ widerspricht daher grundsätzlich dem Gedanken des großstädti-
34 schen „Zentrums“. Trotz der Zerstörungen durch den Krieg und Fehler beim Neuauf-
35 bau insbesondere im westlichen Teil der Altstadt hat die Bremer Innenstadt ihren
36 historischen Charakter als Kaufmannsstadt erhalten können. Ein City-Center ist in die
37 Altstadt nicht integrierbar, weder im Bereich des Ansgari-Kirchhofs noch an anderer
38 Stelle.

38

39

40 Ein Attraktivitäts- und Funktionsverlust als Zentrum macht sich heute in den Teilen
41 der Altstadt bemerkbar, die durch Krieg und Nachkrieg besonders gelitten haben;
42 dazu gehört auch der Bereich innerhalb der Straßenzüge Sögestraße – Obernstr.-
43 /Hutfilterstraße – Bgm.-Smidt-Straße – Wall. Hier sind prägende Gebäude ganz oder
44 teilweise zerstört gewesen und vollständig abgetragen worden (St. Ansgarii, NDL-
45 Verwaltung). In mehreren Schüben entstand an ihrer Stelle eine Ansammlung von
46 Kaufhäusern von wenig überzeugender architektonischer Qualität, wobei auch die
47 überkommene Struktur von Straße und Platz zerstört bzw. bis zur Unkenntlichkeit
verändert wurde. Dadurch wurden die historisch gewachsenen organischen Wegebe-

48 ziehungen in Teilen ebenfalls zerstört und damit Aufenthaltsqualität und Erreichbar-
49 keit wesentlich verschlechtert.

50 Der Autoverkehr zum und vom Parkhaus Mitte vermindert die Attraktivität dieses
51 Altstadtteils zusätzlich und verhindert seine Weiterentwicklung. Eine Schließung des
52 Parkhauses Mitte eröffnet hingegen vielfältige Chancen:

53

54 ■ Erweiterung des großen Fußgängerbereiches Domshof-Markt-U.L.Frauenkirchhof
55 über die Sögestraße hinaus in Richtung Westen mit Anschluss an die Papenstraße
56 und den zweiten Entwicklungsschwerpunkt um den Lloydhof.

57 ■ Komplettierung eines Rundlaufs Sögestraße-Knochenhauerstraße-Papenstraße-
58 Obernstraße.

59 ■ Aufwertung Carl-Ronning-Straße und Knochenhauerstraße zu Flanierstraßen.

60 ■ Wiederherstellung der Struktur um Pelzerstraße und Kl.-Hundestraße.

61 ■ Aufwertung vorhandener bzw. geplanter Passagen vom und zum Wall.

62 ■ Neue Möglichkeiten für Wohnen im Zentrum.

63 ■ Vermeidung einer Monostruktur mit ihrer Abhängigkeit von einem Großinvestor.

Überweisung an den Unterbezirksvorstand.

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3

4

5 Die Dauer der Abgeordnetenmandate der Bremischen Bürgerschaft (Stadtgemeinde
6 und Landtag) wird auf zwei Wahlperioden festgelegt.

7 Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, die über diese Zeit hinaus für die SPD kandi-
8 dieren wollen:

9

- 10 ▪ müssen dem UB-Parteitag von zwei seiner Mitglieder für eine darüber
- 11 hinausgehende Mandatszeit vorgeschlagen werden und
- 12 ▪ bedürfen für ihre Kandidatur mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen
- 13 Stimmen eines qualifizierten Votums des Unterbezirksparteitages in
- 14 Einzelwahl. Die Abstimmung erfolgt nach einem Tätigkeitsbericht der
- 15 Kandidatin oder des Kandidaten über ihre bzw. seine bisherige
- 16 parlamentarische Tätigkeit und einer sich daran anschließenden Aussprache.
- 17 ▪ Dieses Votum des Unterbezirksparteitages ist vor Beginn der Arbeit der
- 18 Mandatskommission abzugeben. Sie präjudiziert das Votum der
- 19 Mandatskommission nicht.

20

21 Begründung:

22 Bürgerschaftsmandate sind keine Lebenszeitanstellungsverhältnisse. Die parlamen-
23 tarische Repräsentanz der Bevölkerung erfordert eine enge Einbindung der Abgeord-
24 neten in die Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Dem steht eine langjährige Abge-
25 ordnetentätigkeit entgegen. Ebenso erschwert eine langjährige Abgeordnetentätig-
26 keit die Rückkehr in den Beruf. Zugleich ist einer verfestigten Gruppeninteressenbin-
27 dung vorzubeugen.

**Überweisung an den Unterbezirksvorstand zur Behandlung im
Rahmen der Satzungsdebatte.**

1 Problem:

2 Es werden derzeit Reviere im Lande Bremen umstrukturiert. Der Senator für Inneres
3 und Sport legt bei der Personalbemessung und der Standortwahl einzelner Reviere für
4 eine Umstrukturierung die jeweilige polizeiliche Lage und die Anzeigenhäufigkeit zu
5 Grunde. Das subjektive Sicherheitsgefühl der BürgerInnen wird durch die Zentralisie-
6 rung von Polizeistandorten erheblich berührt. Es steht zu befürchten, dass durch die
7 Zentralisierung eine kleinräumige Einsatzpräsenz nicht mehr gewährleistet wird. Die
8 Polizisten haben dann Einsätze in ihnen unbekanntem Stadtteilen und können trotz
9 eines Navigationsgeräts Schleichwege nicht finden. Zudem verlängert eine Zentralisie-
10 rung die Anfahrt zu den Einsatzorten. Die Auslastung der Anzeigenaufnahme sagt
11 nichts über die reale Kriminalitätshäufigkeit aus. Die Dunkelziffer der nicht angezeig-
12 ten Straftaten ist hoch.

13
14 Beschluss:

15 1. Der Senator für Inneres und Sport wird aufgefordert, einen bedarfsgerechten Perso-
16 naleinsatz bei der Polizei Bremen zu gewährleisten. Der Senator für Inneres und Sport
17 muss insbesondere Sorge dafür tragen, dass Stellen bei der Polizei Bremen nach Pensi-
18 onierungen wieder besetzt werden. Ferner wird darum gebeten, dass ausreichend
19 Ausbildungsplätze für den Polizeinachwuchs geschaffen und dass eine ausreichende
20 Krankheits- und Mutterschutzvertretung gewährleistet wird.

21
22 Begründung:

23 Ein Polizeirevier in seinem Stadtteil zu haben, stärkt das „subjektive Sicherheitsgefühl“
24 der BürgerInnen, ein Umstand, der stets von der Polizei zwar offiziell als wichtig darge-
25 stellt, aber bisher kein Argument war, von Personalreduzierungen abzusehen. Die Poli-
26 zei darf nicht mit ihrem präventiven Ansatz nach betriebswirtschaftlichen Gesichts-
27 punkten organisiert werden. Da solche Entscheidungen verschiedene Facetten haben,
28 ist es fraglich, welche Bedeutung es haben kann, wenn aus einem Polizeirevier mit Ein-
29 satzkräften ein Außenposten mit KOPs wird. Es wäre sicher nicht gerecht, den Stellen-
30 wert der KOP`s in der Kriminalitätsbekämpfung herabzuwürdigen. Aber welchen Wert
31 sie effektiv bei der operativen Aufgabenwahrnehmung haben, muss kritisch hinter-
32 fragt werden. In der Regel sind KOPs in fortgeschrittenem Lebensalter, anders aus- und
33 fortgebildet und nur zu Tageszeiten z.B. als Fahrraddoppelstreife in ihrem Bereich zu
34 sehen. In Krankheitsfällen müssen sie die Revieröffnungszeiten übernehmen und kön-
35 nen nicht auf der Straße sein.

36 Solche Vorgänge bleiben nicht unbemerkt, insbesondere nicht bei potentiellen Straftä-
37 tern, die Gelegenheiten suchen, nicht erwischt zu werden. Die größten Chancen da-
38 vonzukommen haben sie, wenn die Polizei

- 39
40
- 41 ■ nicht präsent ist,
 - 42 ■ lange Zeit benötigt, um zum Tatort zu kommen,
 - 43 ■ keine ausreichende Ortskenntnis besitzt und bei
 - 44 ■ direkter Anschlussermittlung keine Szenenkenntnis hat.

45 Wenn diese Voraussetzungen erfolgreicher Polizeiarbeit nicht gegeben sind - und das
46 ist bei weiterer Zentralisierung der Einsatzkräfte der Fall - dann ist die Polizei auf Zufäl-
47 le angewiesen oder kann Kriminalität nur noch verwalten.

48 Die Art und das Maß der Gewaltanwendung wurde in den letzten Jahren immer hem-
49 mungsloser. Gewalttäter neigten schneller zu Gewalt als früher.
50 Die ausgewiesene Kriminalitätsrate für das Land Bremen verträgt keine weiteren Per-
51 sonaleinsparungen.
52 Der derzeitiger Personalstamm wird jetzt schon für kriminalpräventive Projekte drin-
53 gend benötigt, wie z.B.: „Stopp der Jugendgewalt“, „Fanprojektbetreu-
54 ung“(Fußballspiele), „ethnische Clans“ etc.
55 Schon jetzt haben die Polizistinnen und Polizisten die Grenzen ihrer beruflichen Be-
56 lastbarkeit erreicht. Viele haben ein erhebliches Überstundenkontingent und machen
57 Schichtdienst.

Angenommen.

Überweisung der folgenden Punkte in den Unterbezirksvorstand (einzufügen ab Zeile 21):

2. Der Senator für Inneres und Sport wird aufgefordert zu ermitteln, in welchen Bereichen des Landes Bremens Kriminalitätsbrennpunkte liegen. Für diese Bereiche wird eine erhöhte Polizeipräsenz gefordert.

3. Wir fordern den Senator für Inneres und Sport auf, von weiteren Revierumstrukturierungen und/oder Revierschließungen im Lande Bremen Abstand zu nehmen.

Weitergeleitet an die
Antragskommission für die
Erarbeitung des Wahlprogrammes
für die Bundestagswahl

Antrag an den Bundesparteitag

1 Die SPD-Bundespartei wird aufgefordert, in ihrem Wahlprogramm für den Bundes-
2 tagswahlkampf 2013 folgende Aussage aufzunehmen:

3

4 **„Die SPD strebt an, das Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung dahingehend**
5 **zu ändern, dass die Provision für Makler von der Auftrag gebenden Partei zu tragen**
6 **ist (Bestellerprinzip).“**

7

8 Begründung:

9 Wer als Makler dazu beiträgt, dass ein Mietvertrag für eine Wohnung abgeschlossen
10 wird, hat Anspruch auf eine Provision, wenn er nicht zugleich Eigentümer oder Ver-
11 walter der Wohnung ist. Ein vom Vermieter beauftragter Makler darf gleichwohl vom
12 Mieter ein Entgelt für seine Tätigkeit fordern. Das Wohnungsvermittlungsgesetz
13 (WoVermG) lässt zu, dass sich Wohnungssuchende zur Übernahme dieser Vergütung
14 verpflichten, wenn die Wohnung weder öffentlich gefördert noch auf andere Weise
15 preisgebunden ist. Der vom Mieter übernommene Betrag darf maximal zwei Mo-
16 natsmieten (netto) betragen, der Vermieter kann von jeglicher finanzieller Belastung
17 frei bleiben

18

19 Je knapper das Angebot an öffentlich nicht geförderten Wohnungen ist, desto weni-
20 ger sehen sich Wohnungssuchende in der Lage, die Übernahme von Maklerprovisio-
21 nen zu verweigern. Betroffen sind vor allem Menschen, die auf günstigen und damit
22 besonders knappen Wohnraum angewiesen sind. Gerade sie sind oft kaum in der
23 Lage, zusätzlich zu Miete und Umzug die Vermittlungsprovision zu finanzieren. Dass
24 Vermieter legal Aufträge erteilen können, für die sie selbst nicht zahlen müssen, hat
25 bewirkt, dass die Möglichkeit der Überwälzung beinahe zur Regel geworden ist. Um
26 Mieter vor Belastungen zu schützen, die sie kaum beeinflussen können, die sie jedoch
27 teils stark belasten, ist eine gesetzliche Änderungen überfällig.

**Angenommen und weitergeleitet an die Antragskommission zur
Erarbeitung des Wahlprogrammes für die Bundestagswahl**

1 Die SPD-Bundespartei wird aufgefordert, in ihrem Wahlprogramm für den Bundes-
2 tagswahlkampf 2013 folgende Aussage aufzunehmen:

3

4 **Deutschlandstipendium abschaffen – Gute Bildung für alle statt Elitenförde-**
5 **rung**

6

7 Die SPD wird das Deutschlandstipendium abschaffen. Die SPD steht für eine gute
8 Bildung für alle und eine von der Wirtschaft unabhängige Bildung an Hochschulen
9 und Universitäten. Das Geld, das bisher von Seiten der Bundesregierung für das
10 Deutschlandstipendium eingesetzt wurde, soll der zusätzlichen Finanzierung der
11 Lehre dienen. So kommt es allen Studierenden zugute.

12

13 Begründung:

14 Mit den Deutschlandstipendien, die erstmals zum Sommersemester 2011 vergeben
15 wurden, werden vermeintlich begabte und leistungsstarke Studierende an staatli-
16 chen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland durch ein Stipendium in
17 Höhe von 300 € pro Monat unterstützt. Das Stipendium ist ein einkommensunab-
18 hängiges Fördergeld. Es wird für mindestens zwei Semester und maximal bis zum
19 Examen beziehungsweise dem Ende der Regelstudienzeit gewährt.

20 Das Deutschlandstipendium wird je zur Hälfte von privaten Mittelgebern und vom
21 Bund zur Verfügung gestellt. Die besonderen Leistungen im Werdegang sollen fest-
22 gestellt werden durch „gute Noten und Studienleistungen“ sowie „die Bereitschaft,
23 Verantwortung zu übernehmen oder das erfolgreiche Meistern von Hindernissen im
24 eigenen Lebens- und Bildungsweg“. Die privaten Förderer (z. B. Unternehmen oder
25 Absolvent/-innen) entscheiden mit, für welche Studienrichtung ihr Geld eingesetzt
26 wird. Dieses System ist mit den Grundsätzen der SPD für eine gute Bildung für alle
27 nicht vereinbar.

**Angenommen und weitergeleitet an die Antragskommission
zur Erarbeitung des Wahlprogrammes für die Bundestags-
wahl.**

1 Die SPD-Bundespartei wird aufgefordert, in ihrem Wahlprogramm für den Bundes-
2 tagswahlkampf 2013 folgende Aussage aufzunehmen:

4 **Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet**

6 **Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr**
7 **Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Hierzu wird sie auf eine Änderung des**
8 **Telemediengesetzes hinzuwirken, um WLAN-Betreiber einem Access-Provider gleich-**
9 **zustellen und im Urheberrecht Änderungen vornehmen, die klare Voraussetzungen**
10 **für das Vorliegen einer Störerhaftung schaffen, wobei nach Möglichkeit insbesonde-**
11 **re nichtgewerbliche WLAN-Betreiber von einer entsprechenden Haftung freizustellen**
12 **sind. Ferner wird die SPD Regelungen schaffen, in denen die Anforderungen an die**
13 **jeweils einzusetzenden Schutzmaßnahmen durch die Betreiber eindeutig definiert**
14 **werden und sich an alltagstauglichen Kriterien orientieren.“**

16 Begründung:

17 Auch in Deutschland findet der drahtlose Internetzugang analog zur wachsenden
18 Zahl von mobilen Geräten wie Laptops oder sogenannten Tablet-Computern und
19 Mobiltelefonen immer mehr Verbreitung. Neben kommerziellen Anbietern wie Ho-
20 tels oder Gastronomen betreiben auch Nachbarschaftsinitiativen, Privatpersonen
21 oder Vereine Funknetz, in die man sich per Passwort oder auch vollständig frei an-
22 melden kann. Dies verbessert den öffentlichen Internetzugang und kann mittels der
23 gemeinschaftlichen und damit kostengünstigen Nutzung von Internetzugängen
24 auch zur Überwindung der digitalen Spaltung beitragen. Auch im Bereich des Tou-
25 rismus und anderen Branchen kann dies zusätzliche wirtschaftliche Impulse auslö-
26 sen.

28 Die Betreiber dieser Netze sehen sich jedoch dem Risiko der sogenannten Störerhaf-
29 tung ausgesetzt. Dabei geht es um die Frage, inwiefern die Anschlussinhaber für
30 Rechtsverletzungen haften, die von Dritten über seinen Anschluss begangen werden.
31 Bisher sind Gerichte hier zu sehr unterschiedlichen Entscheidungen gekommen,
32 ebenso schrecken viele potenzielle Anbieter allein schon vor Abmahnungen und dar-
33 aus resultierenden Kosten zurück. Es ist daher notwendig, in diesem Bereich klare
34 Regelungen zu etablieren und den Betreiberinnen und Betreibern Rechtssicherheit zu
35 verschaffen.

**Angenommen und weitergeleitet an die Antragskommission
zur Erarbeitung des Wahlprogrammes für die Bundestags-
wahl.**

1 Der Bundesparteitag möge beschließen:

2

3

4 Angesichts der Beschäftigungskrisen einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäi-
5 schen Union fordert der Bundesparteitag die SPD-Fraktionen im Deutschen Bundes-
6 tag und im Europäischen Parlament auf, beschäftigungs- und wachstumsfördernde
7 Programme zugunsten dieser Länder zu erarbeiten und in geeigneter Weise zu initi-
8 ieren, um die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern zu bekämpfen.

9 Diese Programme sind nicht alleine durch die öffentlichen Haushalte dieser Länder
10 zu finanzieren. Vielmehr sind Instrumente wie z.B. die Europäische Investitionsbank
11 zu nutzen. Finanzielle Konditionen, wie sie bei Entwicklungshilfekrediten internatio-
12 nal üblich sind, können als Muster derartiger Verträge dienen.

13

14 Begründung:

15 Eine Reihe von Staaten der Europäischen Währungsunion ist in sogenannte Schul-
16 denkrisen verwickelt. Die internationalen Finanzmärkte erschweren die Umsetzung
17 von Sanierungsstrategien dieser Länder durch erhebliche Risikozuschläge zu den an-
18 sonsten üblichen Kreditkonditionen.

19 Gleichzeitig dominieren unter den öffentlich diskutierten und von der EU empfohle-
20 nen Sanierungsstrategien die Programme zur Kürzung der öffentlichen Haushalte.

21 Derartige Programme zeitigen bereits jetzt in diesen Ländern die fatalen Folgen
22 Brüning'scher Parallelpolitik, die im Deutschland der dreißiger Jahre die gesellschaft-
23 liche Katastrophe der Weimarer Republik mit verursacht hat.

24 Auch wenn einerseits die betroffenen Länder ihren Eigenbeitrag zur Überwindung
25 der Krise beitragen müssen, so ist im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einer
26 bloßen Parallelpolitik gemeinschaftlich entgegen zu wirken.

**Angenommen und weitergeleitet an den nächsten Bundespar-
teitag.**